

Anmerkung unseres Lesers G.K.: Unsere Medien veröffentlichen in wachsendem Maße Beiträge, die darauf abzielen, die "Stärke der deutschen Wirtschaft" herauszustellen, sehr häufig verbunden mit der Aufforderung v.a. an die übrigen europäischen Staaten, dem deutschen Beispiel nachzueifern. In die politische Tagespraxis übersetzt liefe dies darauf hinaus, die in Deutschland vor allem in den vergangenen 15 Jahren betriebenen neoliberalen "Reformen" europaweit auszurollen: "Agenda 2010", "Rente mit 67" etc.

Die mit diesen "Reformen" für die Mehrheit der hiesigen Beschäftigten, Arbeitslosen und Rentner einhergehenden Verschlechterungen werden zumeist nur am Rande erwähnt oder komplett ignoriert. Auch wird von nahezu allen Mainstreammedien eine entscheidende Ursache für die massiven ökonomischen Schief lagen innerhalb der Eurozone ausgeblendet oder bestritten: Das in den vergangenen 15 Jahren von Deutschland in wachsendem Maße betriebene Lohn-, Sozial- und Unternehmenssteuerdumping.

Stattdessen wird behauptet, der massive Anstieg des deutschen Außenhandelsüberschusses seit 1999 (dem Jahr der Fixierung der Euro-Umtauschkurse der ehemals eigenständigen Währungen der Eurozone) sei auf "innovative deutsche Produkte" oder eine "stärkere Kundenorientierung" der deutschen Unternehmen zurückzuführen.

So heißt es in dem aktuellen Beitrag Stephan Kaufmanns in der Frankfurter Rundschau:

"Noch vor wenigen Jahren galt Deutschland als kranker Mann Europas. Heute gilt es als Vorbild, insbesondere seine starke Industrie. In Deutschland beträgt die industrielle Wertschöpfung rund ein Fünftel des BIP, im Rest der Euro-Zone ist es nur ein Zehntel. Diese Industrie stellt vor allem Maschinen, Anlagen, Fahrzeuge und Chemieprodukte her – genau das, was die schnell wachsenden Schwellenländer nachfragen."

Der Stern schrieb kürzlich unter Bezugnahme auf ein Interview mit Bert Rürup:

<http://www.stern.de/wirtschaft/news/wirtschaftswachstum-ruerup-prophezeit-deutschland-eine-glaenzende-zukunft-1789910.html>

"Der ehemalige Vorsitzende des Sachverständigenrates, Bert Rürup, prognostiziert Deutschland eine glänzende wirtschaftliche Zukunft. In einem Interview im stern sagt der Ökonom, die deutsche Industrie sei "die leistungsfähigste der Welt". Im globalen Wettrennen um Wohlstand stünde Deutschland derzeit auf "Pole-Position". Nach Analysen des renommierten Wirtschaftsberaters passt die deutsche Produktpalette "haargenau zur Nachfrage der aufstrebenden Länder", also Brasilien, Russland, Indien, Türkei und China. Deutschland sei ein Gewinner der "neuen Phase der Globalisierung"."

Und in einem Rechtfertigungs-Beitrag der Zeit unter der selbstmitleidigen Überschrift "Böse Deutsche: Sind die hiesigen Niedriglöhne für das Elend in Griechenland verantwortlich?" hieß es:

<http://www.zeit.de/2012/05/Niedriglohn-Deutschland>

"Deutschlands Exporteure bewegen sich mit ihren Produkten – hochwertigen Autos und Maschinen – nicht so sehr in Billigsegmenten wie andere. Deshalb waren sie neuer Konkurrenz aus Asien und Osteuropa nicht ganz so stark ausgesetzt, und vor allem deshalb gelang es ihnen, ihren Anteil am (gewachsenen) Weltmarkt beizubehalten. Und nicht etwa, weil Friseure oder Wachleute hierzulande elend wenig verdienen. Im Exportsektor wurde und wird noch immer gut bezahlt."

Die hier wiedergegebenen Aussagen aus der Frankfurter Rundschau, dem Stern und der Zeit eint der Versuch, den seit 1999 (dem Jahr der Fixierung der Euro-Umtauschkurse der ehemals eigenständigen Währungen der Eurozone) zu verzeichnenden drastischen Anstieg der deutschen Exporte und die seit 1999 eingetretene massive Ausweitung der deutschen Außenhandelsüberschüsse ganz überwiegend auf "innovative deutsche Produkte", "kundenorientierte Geschäftsprozesse" der deutschen Wirtschaft und dergleichen zurückzuführen. Der Einfluß der deutschen Dumpingpolitik wird von den neoliberalen Interessenvertretern in Politik, Medien und Wissenschaft zumeist bestritten.

Der Blick auf die Entwicklung des deutschen Außenhandelssaldos (Saldo von Exporten und Importen) weckt jedoch starke Zweifel an der These, die "innovative deutsche Wirtschaft" und nicht die ausgeprägte deutsche Dumpingpolitik der vergangenen 15 Jahre sei die eigentliche Ursache für die massive Ausweitung des deutschen Außenhandelsüberschusses. Der hiesige Außenhandelsüberschuss betrug im Jahre 1999 +65,2 Mrd. Euro. Bis zum Jahre 2007 (dem Jahr vor dem offenen Ausbruch der schweren Finanz- und Wirtschaftskrise) stieg dieser auf +195,3 Mrd. Euro, was eine Verdreifachung (!) gegenüber dem Jahre 1999 bedeutet. Welcher dramatische "Innovationsschub" und welche deutliche Ausweitung der "Kundenorientierung" der deutschen Exportwirtschaft im Vergleich zu den übrigen Staaten dieser Welt haben innerhalb von nur 8 Jahren diesen massiven Schub im deutschen Außenhandel bewirkt? Nach krisenbedingten Rückgängen in den Jahren 2008 und 2009 erhöhte sich der deutsche Außenhandelsüberschuss bis zum Jahre 2011 wieder auf +158,1 Mrd. Euro.

Unabhängig von den hier präsentierten Daten des Statistischen Bundesamtes ist zudem festzuhalten, daß - anders, als von den zahlreichen Medienpublikationen in Deutschland suggeriert - die deutschen Exporte nicht nur aus "hochwertigen Autos und Maschinen" ("Die Zeit") bestehen. Der französische Wirtschaftswissenschaftler Patrick Artus: "Frankreich hält den Weltrekord, was den Verlust an Marktanteilen seit 1998 angeht." Das liegt, so der sozialistische Präsidentschaftskandidat Francois Hollande, nicht so sehr am deutschen Know-how. Francois Hollande: "Deutschland exportiert Milch nach Frankreich. Das hat nichts mit einem technologischen Vorsprung der deutschen Milchwirtschaft zu tun." Sondern, so ist zu ergänzen, zu einem nicht unwesentlichen Teil mit der deutschen Dumpingpolitik der vergangenen Jahre. Dies wissen selbstverständlich auch die neoliberalen Kreise hierzulande. Und deshalb wird im Verein mit den französischen Neoliberalen versucht, durch ein Schlechtreden der französischen Wirtschaft die hiesigen neoliberalen "Reformen" der vergangenen 15 Jahre auch in Frankreich hoffähig zu machen. Siehe z.B. die

Anmerkungen zu dem unter den "Hinweisen des Tages" vom 18.01.2012 veröffentlichten unseriösen "Welt"-Artikel "Franzosen arbeiten 225 Stunden weniger als Deutsche".

<http://www.nachdenkseiten.de/?p=11933#h03>

Zudem hat der von den hiesigen Neoliberalen gerne in den Vordergrund gespielte Export von Produktionstechnologie durch den "Vize-Exportweltmeister" an den "Exportweltmeister" China eine deutliche Schattenseite. Denn auch China praktiziert eine Dumpingpolitik (Währungsdumping, Umweltdumping) und erzielt insbesondere im Handel mit den USA gewaltige Außenhandelsüberschüsse. Diese chinesische Dumpingpolitik ist - neben hausgemachten Problemen der US-Wirtschaft - ein nicht unwesentlicher Faktor für den Niedergang der US-Industrie. Insbesondere die Exporte des deutschen Maschinenbaus leisten somit "Beihilfe" zum dumpingbasierten Außenhandelsungleichgewicht zwischen China und v.a. den USA.

Es gibt einen weiteren gewichtigen Grund gegen die Behauptung der hiesigen Neoliberalen, die "innovativen Produkte" oder die "Kundenorientierung" der deutschen Wirtschaft seien die eigentliche Ursache für den massiven Anstieg des deutschen Außenhandelsüberschusses seit dem Jahre 1999: Nach Lage der Dinge glauben unsere Neoliberalen insgeheim selber nicht an diese von ihnen in der deutschen Öffentlichkeit verbreitete Behauptung. So stimmte beispielsweise schon im Oktober 2010 der Präsident des Bundesverbandes Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen (BGA), Anton F. Börner, in die Litanei von der Notwendigkeit einer "zurückhaltenden" Lohnpolitik ein und begründete dies wie folgt:

"Wenn wir die Löhne über das erträgliche Maß hinaus erhöhen, dann erhöhen wir die Lohnstückkosten. Durch die Steigerung der Lohnstückkosten werden wir unsere Wettbewerbsfähigkeit gefährden."

Hätten die deutschen Exporte wegen der behaupteten "innovativen Produkte" tatsächlich das von den Neoliberalen reklamierte "Alleinstellungsmerkmal", dann wären diese durch eine Abkehr vom Lohndumping und eine Hinwendung zu einer produktivitätsorientierten Lohnpolitik (und damit einer Stärkung des deutschen Binnenmarktes) in keinsten Weise gefährdet.

Anlässlich der im Januar dieses Jahres durch den Linde-Chef Reitzle erhobenen Forderung, es sei zu überlegen, ob Deutschland aus der Eurozone austreten solle, schrieb das Handelsblatt unter der Überschrift "Mittelstand macht gegen Dax-Chef Reitzle mobil":

<http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/mittelstand-macht-gegen-dax-chef-reitzle-mobil/6073214.html>

"Linde-Chef Wolfgang Reitzle hatte einen Austritt Deutschlands aus dem Euro ins Spiel gebracht - und erntet dafür reichlich Kritik. Vertreter aus Wirtschaft und Wissenschaft warnen vor dramatischen Folgen einer Abkehr. (...) „Die übergroße Mehrheit der mittelständischen Unternehmer in Deutschland will den Euro“, sagte Mario Ohoven, Präsident des Bundesverbandes der mittelständischen Wirtschaft,

Handelsblatt Online. 87 Prozent der mittelständischen Unternehmen hätten sich in einer Umfrage klar zum Euro bekannt, fügte Ohoven hinzu.

Michael Hüther, Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft, warnte vor den dramatischen Folgen, die ein Austritt Deutschlands aus der Euro-Zone hätte. „Die Aufwertung würde stärker als alle in früheren Zeiten erlebten, so dass erhebliche Minderungen des Exports und der daran hängenden Beschäftigung drohten“, sagte Hüther Handelsblatt Online.“

Für den Fall der Wiedereinführung der DM warnt Michael Hüther, Chef des arbeitgebereigenen Instituts der deutschen Wirtschaft, also wegen der dann im Vergleich zum Euro und zu den übrigen Weltwährungen erfolgenden Aufwertung der DM vor "erheblichen Minderungen des Exports und der daran hängenden Beschäftigung". Auch der Chef des arbeitgebereigenen Instituts der deutschen Wirtschaft scheint von seiner wenige Tage zuvor geäußerten Behauptung nicht sonderlich überzeugt zu sein, daß der seit 1999 eingetretene massive Anstieg des deutschen Außenhandelsüberschusses v.a. das Resultat "innovativer Produkte" und einer stärkeren "Kundenorientierung" der deutschen Unternehmen sei. Zudem: Die hiesigen neoliberalen Interessenvertreter werden doch wohl nicht ernsthaft bestreiten, daß es hierzulande auch zu DM-Zeiten innovative Produkte und kundenorientierte Prozesse z.B. im Maschinenbau, der Automobil- oder der Chemieindustrie gegeben hat!

Kein Wunder, daß insbesondere die hiesige Exportwirtschaft unter allen Umständen am Euro festhalten möchte. Denn dieser bietet ihr die einzigartige Gelegenheit, sich als Folge der Dumpingpolitik preisliche Wettbewerbsvorteile sowohl innerhalb der Eurozone als auch gegenüber den Staaten außerhalb der Eurozone zu verschaffen.

Im oben verlinkten Zeit-Artikel wird eine auch in den übrigen Mainstreammedien häufig abgespulte Behauptung aufgegriffen: "Im Exportsektor wurde und wird noch immer gut bezahlt." Selbst wenn dies für die Kernbelegschaften der Exportwirtschaft zutreffen sollte, dann bedeutet dies keineswegs, daß die deutsche Exportwirtschaft nicht vom hiesigen Lohndumping (und erst recht vom Sozial- und Unternehmensteuerdumping) profitierte. Friederike Spiecker schreibt im NachDenkSeiten-Beitrag "Welche Verantwortung kommt der Lohnpolitik bei der Lösung der Euro-Krise zu?":

<http://www.nachdenkseiten.de/?p=11454>

"In Marktwirtschaften mit einigermaßen funktionierendem Wettbewerb spiegelt die Preisentwicklung die Entwicklung der Produktionskosten wider. Gesamtwirtschaftlich, d.h. über alle Produktions- und Vorleistungsstufen hinweg betrachtet, bestehen die Produktionskosten eines Landes aus den gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten. (Nur die Preise importierter Vorleistungen wie Rohstoffe fließen als eigenständige Größe in die gesamtwirtschaftlichen Produktionskosten und damit in das gesamtwirtschaftliche Preisniveau ein.) Denn einerseits beruhen alle in der Produktion verwendeten Vorleistungen letzten Endes auf Arbeit, also etwa auch die Kosten für das Sachkapital, das eine Form „vorgetaner“ Arbeit darstellt. Andererseits tragen alle Branchen – vom privaten Dienstleister bis hin zur öffentlichen Infrastruktur – auf die eine oder andere Weise zum Angebotspreis der Exporteure bei. Mit

anderen Worten: Ein internationaler Vergleich nur der industriellen Lohnstückkosten griffe zu kurz."

Hierzu ein konkretes Beispiel: Die als Folge der rot-grünen "Arbeitsmarktflexibilisierung" auch in der Industrie massiv angestiegene Zahl der prekär beschäftigten Leiharbeiter taucht in den Gewinn- und Verlustrechnungen der Exportunternehmen nicht unter der Position "Personalkosten" auf, sondern unter den Betriebskosten, denn die Zeitarbeitsbranche ist nicht dem produzierenden Gewerbe, sondern dem Dienstleistungssektor zugeordnet. Das durch die Ausweitung der Leiharbeit betriebene Lohndumping spiegelt sich daher nicht in den ausschließlich auf die Industrie bezogenen Lohnkosten und damit auch nicht in den industriellen Lohnstückkosten wieder. Es ist Friederike Spiecker zuzustimmen, daß in Bezug auf die Beurteilung der Lohnstückkosten der Exportindustrie die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten von Relevanz ist.

An dem aus Sicht der neoliberalen Ideologen "brauchbaren" Bashing-Beispiel Griechenland wird zudem behauptet, die europäischen Krisenstaaten hätten zu viel konsumiert und zu wenig investiert. In dem oben verlinkten "Zeit"-Beitrag heißt es zur Entwicklung der Konsumquote (Konsum in Prozent vom Bruttoinlandsprodukt) in Deutschland und Griechenland:

"Hierzulande flossen zuletzt 57,4 Prozent des BIP in den privaten Konsum. (...) Sehr ungewöhnlich sieht es seit Jahren anderswo aus – nämlich in Griechenland. Dort fließen 75 Prozent des BIP in den privaten Konsum, das ist weit weit mehr als in allen anderen EU-Ländern. Kann es sein, dass dort etwas schief läuft?"

Was "Die Zeit" verschweigt: Der große prozentuale Abstand zwischen deutscher und griechischer Konsumquote (ca. 18 Prozentpunkte) resultiert zum weit überwiegenden Teil aus jenem Einfluß auf das Bruttoinlandsprodukt, der auf das Auseinanderlaufen der preislichen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und Griechenlands zurückzuführen ist. Sowohl Griechenland als auch Deutschland haben seit der Euro-Einführung gegen die Kriterien einer produktivitätsorientierten Lohnpolitik verstoßen. Seit der Euroeinführung sind die Lohnstückkosten in beiden Staaten nicht in Höhe der Zielinflationsrate der EZB gestiegen. Die deutschen Lohnstückkosten sind seit der Euro-Einführung allerdings stärker nach unten abgewichen als die griechischen Lohnstückkosten nach oben. Ermittelt man die Konsumquoten Deutschlands und Griechenlands auf Basis des vom Außenhandelsaldo (Außenhandelsüberschuss von ca. 6% in Deutschland, Außenhandelsdefizit von ca. 12% in Griechenland) unbeeinflussten Bruttoinlandsprodukts, dann stellen sich die bereinigten Konsumquoten wie folgt dar: In Deutschland beträgt diese 61 Prozent ($57,4 / (100 - 6) \times 100$), in Griechenland 67 Prozent ($75 / (100 + 12) \times 100$). Zwei Drittel der ursprünglichen Differenz in Höhe von 18 Prozentpunkten sind somit auf den Einfluß der Außenhandelsalden zurückzuführen.

Das ständige und zudem lautstarke Lamentieren der hiesigen neoliberalen Interessenvertreter über zu hohe private Konsumausgaben in den europäischen Krisenstaaten (vorzugsweise demonstriert am Lieblings-Bashingobjekt Griechenland) schürt den Verdacht, daß diese Kreise der miserablen Entwicklung des Konsums in Deutschland einen "höheren Sinn" verleihen möchten. So ließe sich dann auch die

sowohl im historischen Vergleich als auch im Vergleich zu den übrigen Industriestaaten nahezu einzigartige miserable Entwicklung der Reallöhne in Deutschland zumindest ein Stück weit unter den Teppich kehren. Der vom Blog "Querschüsse" kürzlich veröffentlichte Beitrag "Miese deutsche Einzelhandelsumsätze" zeigt in Abbildung 3 jedoch ganz unmißverständlich die Fehlentwicklung beim realen Exportvolumen, den realen privaten Konsumausgaben und den realen Arbeitnehmerentgelten:

<http://www.verschuesse.de/miese-deutsche-einzelhandelsumsatze/>

"Während die realen Exporte seit 2000 bis zum 4. Quartal 2010 um +83,92% stiegen, gab es bei den realen privaten Konsumausgaben einen lauen Anstieg von +5,4% und die realen Arbeitnehmerentgelte lagen sogar um -1,03% unter dem Niveau von 2000!"

Wer den kräftigen Anstieg des Konsums in den vergangenen Jahren in Griechenland bejammert, sollte zudem nicht verschweigen, daß sich die Bruttoanlageinvestitionen in Griechenland bis zum offenen Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise Mitte 2008 ebenso dynamisch entwickelt hatten wie der Konsum (dies im Gegensatz zur eher schwachen Investitionsneigung der deutschen Wirtschaft seit der Jahrtausendwende).

Im Zusammenhang mit dem "üppigen Konsum" in den europäischen Krisenstaaten erwecken die herrschenden Kreise in Politik und Medien v.a. mit Fingerzeig auf Griechenland den Eindruck, dieses Land befinde sich fest in der Hand von "Staatsbediensteten". Auf Basis dieser Agitation sollen öffentliche Leistungen zu großen Teilen privatisiert oder abgebaut und öffentliche Unternehmen privatisiert werden. Effizienzverbesserungen hingegen werden nicht mit hoher Priorität angegangen. Daten der OECD, welche aufzeigen, daß der prozentuale Anteil der im öffentlichen Dienst und in öffentlichen Unternehmen beschäftigten Arbeitnehmer an der Gesamtbeschäftigung in Griechenland sowohl den OECD-Durchschnitt als auch den entsprechenden deutschen Wert unterschreitet, werden konsequent ignoriert. Selbstredend stellt niemand aus der neoliberalen Ideologenschar die Frage, warum die Ökonomien in den skandinavischen Staaten trotz des dortigen sehr hohen Anteils an "Staatsbediensteten" nicht längst zusammengebrochen sind.

<http://www.wirtschaftundgesellschaft.de/wp-content/uploads/2012/02/%C3%96ffentlicher-dienst-Griechenland-OECD1.jpg>

Stattdessen hegen und pflegen die Neoliberalen ihr Feinbild vom "gefräßigen Staat", dessen Einfluß zurückgeschnitten werden müsse. Ein probates Mittel hierzu sind aus deren Sicht Kürzungen auf der Ausgabenseite der Staatsetats und Privatisierungen. Ein radikaler Vertreter dieser Ideologie ist Grover Norquist (Präsident der US-amerikanischen Interessenvertretung "Americans for Tax Reform"). Nach dessen Vorstellung muss der Staat so klein werden, daß man ihn ins Badezimmer schleifen und "in der Badewanne ertränken" kann.

An dieser Stelle soll nicht der Eindruck erweckt werden, die europäischen Krisenstaaten trügen für die ökonomischen Schief lagen innerhalb der Eurozone

keinerlei Verantwortung. Die ökonomischen Schwachstellen dieser Staaten (in Griechenland beispielsweise ein zu geringer Anteil mittelständischer und großer Unternehmen sowie eine mangelhafte Effizienz staatlicher Stellen) werden von unseren Mainstreammedien sehr ausführlich beleuchtet, womit sich eine Wiederholung an dieser Stelle erübrigt. Konstruktionsdefizite des Euro sowie der ökonomischen Mechanismen innerhalb der Eurozone (so z.B. die fehlende Koordination der Lohnpolitik) haben die ökonomischen Schwachstellen der Krisenstaaten jedoch erst zum Sprengsatz werden lassen. An dieser Entwicklung trägt auch die deutsche Dumpingpolitik der vergangenen 15 Jahre eine gehörige Mitverantwortung.

Bert Rürup befürwortet im oben verlinkten Stern-Artikel - sicherlich im Gegensatz zu zahlreichen deutschen Ökonomen - für die kommenden Jahre in Deutschland eine produktivitätsorientierte Lohnpolitik, was lt. Rürup auf jährliche Nominallohnsteigerungen in Höhe von ca. 4 Prozent hinauslaufen würde. Unter Bezugnahme auf Bert Rürup schreibt der Stern:

"Zudem würden sich die Machtverhältnisse auf dem Arbeitsmarkt verschieben, weil aus demografischen Gründen das Angebot an Arbeitskräften zurückgehe."

Sollten vom Statistischen Bundesamt veröffentlichte Daten zutreffen, dann ist diese von Rürup in den Raum gestellte "Verschiebung der Machtverhältnisse auf dem Arbeitsmarkt" und ein damit einhergehender stärkerer Einfluß der Arbeitnehmer auf die Lohnpolitik mit einem Fragezeichen zu versehen. Denn in der Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes heißt es zum "Wanderungsergebnis" von Arbeitnehmern in Bezug auf Deutschland und die osteuropäischen EU-Beitrittsstaaten:

<http://www.nachdenkseiten.de/?p=11925#h06>

"Großen Anteil an der positiven Entwicklung der Wanderungsergebnisse haben die Zuzugszahlen aus den im Jahr 2004 der Europäischen Union beigetretenen Staaten, vor allem aus Polen. Seitdem seit Mai 2011 für sie die vollständige Arbeitnehmerfreizügigkeit gilt, ziehen pro Monat durchschnittlich mehr als 28.000 Personen aus diesen EU-Staaten zu. In den ersten vier Monaten 2011 waren es nur rund 15 000."

Sollte die maßgeblich auch von der deutschen Dumpingpolitik mitverantwortende Krise in Europa andauern oder sich sogar noch weiter verschärfen, dann ist mit einem verstärkten Zuzug von arbeitslosen Menschen auch aus den europäischen Krisenstaaten zu rechnen. Dies würde mit dazu beitragen, den Druck auf die hiesigen Löhne und Gehälter auch in den kommenden Jahren aufrechtzuerhalten.

Der Blick in die in der vergangenen Woche vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Detailergebnisse zur Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts im 4. Quartal sowie im Gesamtjahr 2011 zeigt, daß sich die Nettolöhne und Gehälter je Arbeitnehmer im vergangenen Jahr nominal um 2,3% erhöht hatten. Die Inflationsrate betrug im abgelaufenen Jahr ebenfalls 2,3%, d.h. die inflationsbereinigten Löhne und Gehälter je Arbeitnehmer stagnierten im Jahre

2011. Und dies, obwohl Deutschland im vergangenen Jahr einen "Wirtschaftsboom" mit 3 Prozent realem Wirtschaftswachstum erlebte.